

Selbstständigen-Report 2026: Viele Selbstständige sehen ihre Lage weiter kritisch

Umfrage von WISO MeinBüro und VGSD zeigt: Schwache Planungssicherheit, hohe Abgaben und politische Frustration prägen den Alltag vieler Selbstständigen

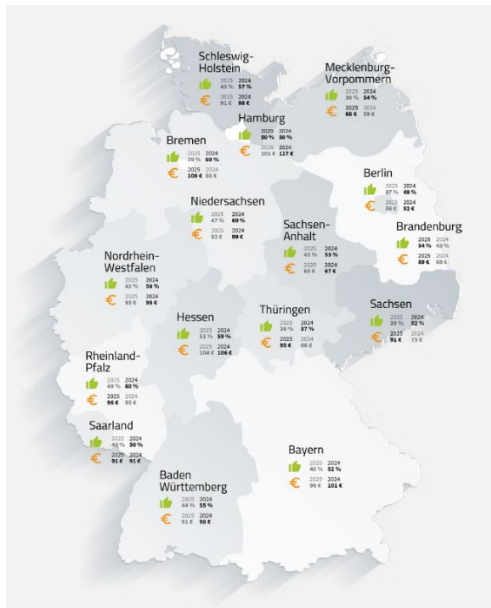
Neunkirchen (Siegerland)/München, 23.03.2026 – Die deutsche Wirtschaft sendet erste Signale der Erholung, doch bei vielen Selbstständigen kommt davon bislang wenig an. Viele Selbstständige schätzen die wirtschaftliche Lage als schlecht ein, ebenso wird das Geschäftsklima als schlecht empfunden und die gefühlte Wertschätzung durch die Politik sinkt erneut. Die Risiken zum Thema Scheinselbstständigkeit sind vielen noch nicht bewusst. Welche politischen und bürokratischen Belastungen sie besonders stark beschäftigen und mit welchem Maß an Zuversicht sie auf die kommenden Jahre blicken, zeigt der neue Selbstständigen-Report 2026, den WISO MeinBüro gemeinsam mit dem Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland e. V. (VGSD) heute veröffentlicht.

Bereits zum dritten Mal zeichnet der Report ein differenziertes Bild der selbstständigen Unternehmer und Unternehmerinnen in Deutschland. Er macht Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre sichtbar, beleuchtet regionale Unterschiede und zeigt, welche Themen die Selbstständigen im Jahr 2026 besonders bewegen. An der Online-Befragung beteiligten sich zwischen Mitte Dezember 2025 und Mitte Februar 2026 insgesamt 2684 Personen.

Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat sich verschlechtert – Brandenburg bildet eine Ausnahme

Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gestiegen und zeigt damit, dass die Volkswirtschaft wieder leicht wächst. Es zeigt aber nicht, dass dieses Wachstum bei Soloselbstständigen, Freiberuflern, Handwerkern oder kleinen Dienstleistern schon ankommt. Genau hier ist die Stimmung Anfang 2026 schlecht. Nur noch knapp 46 Prozent schätzen die Lage ihres Unternehmens als *gut* bis *hervorragend* ein. Der Report zeigt einen deutlichen Abwärtstrend: 2024 waren es noch 55 Prozent, im Jahr 2018 waren es sogar 60 Prozent.

In 15 von 16 Bundesländern hat sich die wirtschaftliche Lage der Selbstständigen nach Einschätzung der Befragten in den letzten zwei Jahren verschlechtert.



Nur in Brandenburg scheint sich die Lage gebessert zu haben: Dort bewerteten rund 46 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage ihres Unternehmens als *gut*. Das ist eine leichte Verbesserung im Vergleich zur letzten Umfrage in 2024. Seinerzeit lag der Anteil derer, die die wirtschaftliche Lage ihres Unternehmens als *gut* bis *hervorragend* eingeschätzt haben, in Brandenburg bei 43 Prozent.

Verglichen mit 2018, ist die Zufriedenheit in dem Bundesland insgesamt dennoch gesunken, denn damals waren noch 69 Prozent der Selbstständigen *sehr zufrieden* mit ihrer wirtschaftlichen Situation. In 2018 war Brandenburg das Bundesland mit den meisten Selbstständigen, die ihre wirtschaftliche Lage als mindestens *gut* beurteilt haben. Thüringen hingegen

bildet 2026 das Schlusslicht. Nur rund 37 Prozent der Befragten bewerten die wirtschaftliche Lage als *gut* oder *hervorragend*.

Im Rahmen dieser Studie wurde auch nach der Parteinähe gefragt. Rund 32 Prozent der Befragten fühlten sich zum Untersuchungszeitpunkt dieser Studie den Grünen am nächsten. Rund 15 Prozent der Befragten fühlen sich der CDU / CSU nahe, gefolgt von der FDP mit 12,6 Prozent. Die AfD fand 9,5 Prozent Zustimmung, die Linke 7 Prozent, die SPD 5,7 Prozent und das BSW lag bei 1,8 Prozent. Rund 16 Prozent gaben sonstige Parteien als Präferenz an.

Region und Geschlecht beeinflussen Jahresumsatz und

Stundenlohn weiterhin, aber die Frauen passen ihren Preis an

Rund ein Drittel der Frauen, nämlich 28,6 Prozent, planen für 2026 einen Jahresumsatz zwischen 25.001-50.000 Euro. Ein knappes weiteres Drittel, 27,4 Prozent, peilen einen Jahresumsatz zwischen 50.001-100.000 Euro an. 10,1 Prozent streben danach, nach einem Jahresumsatz zwischen 100.001-150.000 Euro zu erreichen.

Von den selbstständigen Männern erwarten 14,7 Prozent einen Jahresumsatz zwischen 25.001-50.000 Euro, hingegen planen 22,2 Prozent einen Jahresumsatz zwischen 50.001-100.000 Euro. Einen Umsatz von 100.001-150.000 Euro streben 18,8 Prozent an. Frauen planen einen wesentlich geringeren Jahresumsatz als die Männer. Dieses Bild zeigte sich in den vergangenen beiden Reports ebenfalls. Die Umfrage hat aber auch gezeigt, dass Frauen deutlich weniger Wochenstunden in ihrer selbstständigen Tätigkeit arbeiten als Männer. So liegt bei den Männern die durchschnittliche Arbeitszeit bei 37,9 Stunden pro Woche und bei den Frauen bei 33,3 Stunden pro Woche. Dies könnte eine Erklärung für das geringere geplante Jahreseinkommen darstellen.

Ein Viertel der männlichen Selbstständigen und mittlerweile 21,1 Prozent der weiblichen Selbstständigen rufen einen Stundensatz zwischen 76 und 100 Euro auf. Das ist ein Fortschritt: Die letzte Umfrage aus 2024 zeigte noch, dass meisten Frauen einen Stundensatz zwischen 51 und 75 Euro erzielten.

In Sachsen-Anhalt sind die Stundensätze am geringsten. Knapp 21,7 Prozent der befragten Selbstständigen – so viele wie sonst nirgendwo – geben an, ein Stundenhonorar von höchstens 20 Euro in Rechnung zu stellen. Vor zwei Jahren war Brandenburg das Schlusslicht.

Geschäftsklima für Selbstständige wird als schlecht empfunden, gefühlte Wertschätzung durch die Politik sinkt erneut

Unter den Befragten bewerten rund 20 Prozent das Geschäftsklima für ihre Selbstständigkeit in Deutschland als sehr schlecht, 42 Prozent als schlecht und knapp 33 Prozent als mittel.

Rund 90 Prozent der Befragten teilten mit, dass sie sich als Selbstständige überhaupt nicht bis wenig von der Politik respektiert fühlen. Was die empfundene Wertschätzung durch die Politik betrifft, so fühlten sich im Jahr 2018 bereits 80 Prozent der Befragten von der Politik wenig oder gar nicht respektiert. 2024 stieg der Anteil auf 87 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen einen wachsenden Frust einer wichtigen Gruppe der Wirtschaft und sind ein deutliches Signal an die Politik.

Mehr als drei Viertel der Selbstständigen, 76,4 Prozent, wünscht sich mehr Respekt für den Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft, gefolgt von dem Wunsch nach einer fairen Beitragsbemessung bei der gesetzlichen Krankenversicherung und nach einer Gleichbehandlung von Selbstständigen und Angestellten in Bezug auf die Beiträge zur Krankenkasse, 63,7 Prozent.

„Selbstständige erwarten keine Sonderbehandlung, wollen aber auch nicht ständig schlechter behandelt werden. Insbesondere bei der Berechnung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge erleben freiwillig Versicherte seit Jahren eine massive Benachteiligung gegenüber Angestellten. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir als Selbstständige sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmeranteil tragen müssen, aber tatsächlich zahlen Selbstständige mindestens noch einmal 20 Prozent zusätzlich“, sagt Dr. Andreas Lutz, VGSD e.V.

Zur Erklärung: Ein Angestellter mit 3.000 Euro Bruttogehalt kostet seinen Arbeitgeber wegen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung tatsächlich ca. 3.600 Euro. Seinen Krankenkassenbeitrag zahlt er aber nur auf die 3.000 Euro.

Ein Selbstständiger mit 3.600 Euro Gewinn - aus dem er die gleichen Kosten decken muss - zahlt seine Beiträge auf die vollen 3.600 Euro. Er zahlt also Beiträge auf Geld, das eigentlich für seine Sozialversicherung gedacht ist – eine Art "Beitrag auf den Beitrag". Wirklich bemerkenswert ist aber, dass Selbstständige im Gegensatz zu Angestellten oft auch auf private Einnahmen wie Mieten oder Zinsen Krankenkassenbeiträge zahlen müssen.

Insbesondere Teilnehmer, die sich der AfD nahe fühlen, fühlen sich von der Politik nicht respektiert. Knapp 66 Prozent gaben dies an. Die Befragten, die sich den Grünen am nächsten fühlen, gaben lediglich zu 33,6 Prozent an, sich nicht respektiert zu fühlen. Jene Befragte, die sich der CDU nahe fühlen, gaben zu 26,1 Prozent und jene, die sich der SPD nahe fühlen, zu 20,4 Prozent an, sich von der Politik nicht respektiert zu fühlen.

Auswandern als Reaktion auf Bürokratie und Steuern?

Rund 38 Prozent der Befragten haben in den letzten zwei Jahren darüber nachgedacht, auszuwandern. Knapp sechs Prozent haben bereits konkrete Auswanderungspläne.

Bürokratie ist der potenzielle Auswanderungsgrund Nummer eins, genannt von 41,6 Prozent. Für weitere knapp 40 Prozent der Befragten sind es die Steuern, die sie veranlassen würden, die Koffer zu packen. Hohe Lebenshaltungskosten wären für etwas mehr als 30 Prozent ein Grund, Deutschland zu verlassen. Knapp 20 Prozent würde ein mögliches Statusfeststellungsverfahren, also ein offizielles Prüfverfahren, mit dem geklärt wird, ob eine Person selbstständig tätig oder sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, ins Ausland treiben.

„Wenn fast vier von zehn Selbstständigen über Auswanderung nachdenken, ist das kein Randphänomen mehr, sondern ein Warnsignal. Viele gehen nicht, weil sie Deutschland den Rücken kehren wollen, sondern weil sie sich von Bürokratie, Abgaben und rechtlicher Unsicherheit zermüht fühlen. Deutschland als Wirtschaftsstandort verliert, wenn Selbstständige ihre Energie nicht in Kunden und Innovation, sondern in Formularlogik und Abgrenzungsfragen stecken müssen. Und Deutschland verliert erst recht, wenn hoch qualifizierte Wissensarbeiter und Wissensarbeiterinnen sich gezwungen sehen, ins Ausland abzuwandern“, warnt Dr. Andreas Lutz, VGSD e. V.

Als größte bürokratische Hürde wird von einem Drittel der Befragten das Steuerrecht im Allgemeinen empfunden, gefolgt von der Steuererklärung (14,4 Prozent), dem Statusfeststellungsverfahren (13,8 Prozent) und der Buchführung (13,5 Prozent).

Scheinselbstständigkeit – die Risiken sind hoch, doch weiterhin nicht allen bewusst

Die Dringlichkeit des Themas Scheinselbstständigkeit scheint bei vielen Befragten noch nicht angekommen zu sein. Nur knapp 16 Prozent mussten bereits ein Statusfeststellungsverfahren zur Prüfung der Scheinselbstständigkeit durchlaufen.

Ein Viertel der Befragten hat bereits Aufträge verloren oder weiß, dass Aufträge nicht zustande gekommen sind, weil der Auftraggeber Angst vor einer Rentenversicherungsprüfung und der Verpflichtung zur Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen hatte. Rund drei Vierteln ist nicht bekannt, ob sie in der Vergangenheit aus diesem Grund eventuell Aufträge nicht erhalten haben.

Befragt nach den Negativkriterien für eine Einordnung als Scheinselbstständiger, glauben 72 Prozent, dass das Vorhandensein mehrerer Auftraggeber eine Scheinselbstständigkeit widerlegen würde. Sie irren sich. Denn entgegen der Annahme der meisten Befragten sind mehrere Auftraggeber kein ausreichender Grund dafür, eine Scheinselbstständigkeit zu widerlegen.

Es gibt schlichtweg keine Positivkriterien, also Kriterien, die klar zeigen, dass jemand selbstständig ist. Es gibt lediglich Kriterien, die für eine Scheinselbstständigkeit sprechen. Im Prüfverfahren wird immer nur ein Auftraggeber konkret angeschaut. Dieses Verfahren birgt Unsicherheiten bei den Selbstständigen.

Aufgrund eines theoretisch möglichen Statusfeststellungsverfahrens haben 18 Prozent der Befragten bereits darüber nachgedacht, ihre Selbstständigkeit zu beenden, fast genauso viele haben darüber nachgedacht, ihre Selbstständigkeit ins Ausland zu verlegen und zehn Prozent der

Befragten haben sogar bereits ein Angebot für eine Festanstellung erhalten. Das Damoklesschwert der Scheinselbstständigkeit war für sechs Prozent der Grund für zusätzliche Investitionen oder für eine Weiterbildung. Insgesamt 65 Prozent aber lassen sich von einem möglichen Statusfeststellungsverfahren nicht bedrohen.

„Die Umfrage zeigt, dass noch immer viele Selbstständige glauben, das Thema Scheinselbstständigkeit betreffe vor allem andere. Das ist ein gefährlicher Irrglaube. Denn ein Statusfeststellungsverfahren kann jeden treffen, der selbstständig arbeitet – unabhängig von der Branche oder der Anzahl der Auftraggeber. Die Unsicherheit auf Auftraggeberseite ist groß und verhindert die Auftragsvergabe an Solo-Selbstständige von vornherein. Genau deshalb braucht es endlich eine branchenübergreifende Reform der Statusfeststellung und klare Regeln für die Abgrenzung selbstständiger Arbeit von einem Anstellungsverhältnis. Diese Unsicherheit trifft weit über den Bildungsbereich hinaus Branchen wie IT, Kreativwirtschaft, Beratung und Gesundheitswesen“, so Dr. Andreas Lutz, VGSD e.V.

Viele Selbstständige arbeiten auch im Rentenalter

Ein Trend zeichnet sich ab: Mehr als die Hälfte der Befragten, 55,6 Prozent, gaben an, bis über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Die Gründe dafür sind einerseits existenzieller Natur: So sagen rund 44 Prozent, dass sie auf Zuverdienst angewiesen seien und deshalb weiter arbeiten würden. Währenddessen wollen rund 35 Prozent aus reiner Freude weiterarbeiten und 13,2 Prozent möchten sich durch ihre Tätigkeit geistig fit halten.

„Dass so viele Selbstständige über das Rentenalter hinaus arbeiten wollen oder müssen, hat zwei Seiten: Für viele ist Arbeit Teil ihrer Identität, für andere ist sie wirtschaftliche Notwendigkeit. Umso wichtiger ist es, faire Regeln zu schaffen. Zum einen braucht es faire Honorare und Sozialversicherungsbeiträge, damit Selbstständige ausreichend fürs Alter vorsorgen können: Gerade in sozialen Berufen, in denen der Staat das Honorar festlegt, reicht das Geld für eine auskömmliche Rente oft nicht aus. Zum anderen darf nicht sein, dass gerade diejenigen, die eigenverantwortlich vorsorgen und auch im Alter weiter Leistung bringen, steuerlich und sozialpolitisch schlechter behandelt werden als Angestellte“, meint Dr. Andreas Lutz, VGSD e.V.

Mehr als die Hälfte der Befragten, 52,4 Prozent, investiert bis zu 500 Euro monatlich in die Altersvorsorge. 25,8 Prozent legen 501 bis 1000 Euro zur Seite, 11,1 Prozent spart 1001 bis 1500 Euro, 5,2 Prozent investiert sogar 1501 bis 2000 Euro und 5,6 Prozent spart mehr als 2000 Euro.

Rund 85,5 Prozent finden, dass die Sozialversicherungsbeiträge fairer berechnet werden sollten. Nur vier Prozent sagen, dass die Berechnung fair gestaltet ist.

Hier zeigen die Daten einen Trend: Im Jahr 2024 waren es rund 83 Prozent der Selbstständigen, die mitunter erheblichen Verbesserungsbedarf bei der sozialen Absicherung sahen. In 2018 lag der Anteil bei 82,4 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2026 gilt die Aktivrente. Rentner können bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei dazuverdienen, wenn sie in einem Angestelltenverhältnis sind. Selbstständige Rentnerinnen und Rentner dagegen sind weiterhin voll steuerpflichtig. Rund 81 Prozent der Befragten finden das ungerecht.

„Angestellte, die im Alter weiterarbeiten, können monatlich bis zu 2.000 Euro steuerfrei hinzuverdienen – Selbstständige bleiben außen vor. Dass sie von diesem Steueranreiz nicht profitieren dürfen, empfinden viele Selbstständige zurecht als ungerecht. Zumal sie die Aktivrente über ihre

Steuergelder mitfinanzieren. Die Regierung tut alles, um Fachkräfte möglichst lange im Arbeitsmarkt zu halten – und übersieht dabei, dass sie Millionen hoch qualifizierte Selbstständige mit ihren Entscheidungen vor den Kopf stößt. Diese Benachteiligung aufgrund der Erwerbsform muss aufhören: Die Politik sollte die Aktivrente schnellstmöglich auch für Selbstständige öffnen", erklärt Dr. Andreas Lutz, VGSD e.V.

Selbstbestimmung und Flexibilität wichtiger als unregelmäßige Aufträge und dauerhaft hohe Abgaben

Die Hauptmotivationen, selbstständig zu sein, sind – wie auch bei den letzten beiden Befragungen – eigenbestimmtes Arbeiten und flexible Arbeitszeiten. Und die Motivation ist gestiegen. Gaben bei der Befragung im Jahr 2018 rund 45 Prozent der Teilnehmer das selbstbestimmte Arbeiten als eine der Hauptmotivationen ihrer Selbstständigkeit an, waren es 2024 mit 92,2 Prozent mehr doppelt so viel. Heute sind es 89,2 Prozent. Ebenso war im Jahr 2018 für rund 27 Prozent die Möglichkeit des flexiblen Arbeitens am wichtigsten, 2024 waren dies für 72,1 Prozent das entscheidende Kriterium und heute ist es für 62,1 Prozent der wichtigste Grund.

Die hohe Selbstbestimmung durch Freiheit und Flexibilität kann mit einer geringeren Vorhersehbarkeit der Einnahmen einhergehen. Am meisten Sorgen macht den Befragten in diesem Jahr die Unplanbarkeit der Aufträge und Kunden, 40,9 Prozent, gefolgt von einer dauerhaft hohen Abgabeverpflichtung in Zeiten schwankender Einnahmen, 39,5 Prozent.

Dennoch würden sich mehr als 83,3 Prozent der Befragten wieder selbstständig machen. Mehr als die Hälfte, 57,2 Prozent, denkt überhaupt nicht daran, in ein Angestelltenverhältnis zu wechseln, etwas mehr als 37,1 Prozent kommen manchmal ins Grübeln und knapp sechs Prozent planen es.

Viel Heimatliebe, viel Pragmatismus, wenig Zuversicht

Befragt nach ihrer Perspektive für die kommenden fünf Jahre, sehen sich fast 90 Prozent der Befragten weiterhin in Deutschland. Knapp ein Drittel davon erwartet, dass die eigene finanzielle Lage unverändert bleibt. Ein Viertel erwartet eine Verbesserung der persönlichen finanziellen Situation, knapp 22 Prozent befürchten eine verschlechterte finanzielle Lage. 14 Prozent schätzen, dass sie ihre selbstständige Arbeit aufgeben haben werden.

Von den 11,3 Prozent, die sich in fünf Jahren im Ausland sehen, erwarten 7,5 Prozent eine Verbesserung ihrer persönlichen finanziellen Situation.

So zieht Dr. Andreas Lutz, VGSD e. V., das Fazit: *„Die Ergebnisse zeigen eine Mischung aus dem für Selbstständige typischen Unternehmergeist, Resilienz und Durchhaltevermögen einerseits und einem hohen Maß an Frustration über die politischen Rahmenbedingungen andererseits. Viele Selbstständige blicken nicht optimistisch, aber sehr realistisch auf die Zukunft: Sie erkennen die Herausforderungen der Zeit, leiten Maßnahmen ab, treiben ihr Geschäft aktiv voran und tragen auch in schwierigen Zeiten Verantwortung. Dieses Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft muss die Politik erkennen und nutzen – und Bedingungen schaffen, die es ihnen nicht weiter unnötig schwer machen. Genau darin liegt die politische Botschaft dieses Reports.“*

Der gesamte Report sowie weitere Informationen stehen unter dem folgenden Link zum kostenlosen Download bereit: <https://www.meinbuero.de/selbststaendigen-report-2026/>

Über WISO MeinBüro

WISO MeinBüro bietet umfassende SaaS-Lösungen für Selbstständige und Kleinunternehmer an. Die cloudbasierte Software vereint alle zentralen Funktionen in einer Anwendung – von der Rechnungsstellung über das Dokumentenmanagement bis hin zu Lösungen für die Zusammenarbeit mit der Steuerkanzlei. Mit seinem eigenen, nach VdS-10.000-zertifizierten Rechenzentrum in Deutschland stellt das Unternehmen sicher, dass sämtliche Kundendaten nach höchsten Sicherheitsstandards verschlüsselt und aufbewahrt werden.

Mehr Informationen unter <https://www.meinbuero.de/>

Über den VGSD

Der VGSD e. V. vertritt die Interessen von Solo- und Kleinstunternehmern, Gründern sowie Teilzeit-Selbstständigen in Deutschland. Der 2012 gegründete Verband zählt aktuell rund 5.750 Vereins- und etwa 15.000 Communitymitglieder. Der VGSD setzt sich für Rechtssicherheit ein (in Bezug auf Scheinselbstständigkeit), für faire Sozialversicherungsbeiträge, eine sinnvolle Ausgestaltung der geplanten Altersvorsorge-Pflicht, für weniger unnötige Bürokratie und eine sinnvolle Gründungsförderung. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Lutz ist zugleich Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstständigenverbände (BAGSV).